

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1906**

211 (11.9.1906)

# Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — Abonnementspreis: ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pf., vierteljährlich M. 2.10. In der Expedition und den Abgaben abgeholt, monatlich 60 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt M. 2.10. durch den Briefträger ins Haus gebracht M. 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition:  
Luisenstraße 24.  
Telefon: Nr. 128. — Postzeitungsliste: Nr. 8144.  
Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags.  
Redaktionschluss: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: die einspaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg., Lokal-Ankündigungen billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 7 Uhr.

Nr. 211.

Karlsruhe, Dienstag den 11. September 1906.

26. Jahrgang.

## Bericht

### über die parlamentarische Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

28. November 1905 bis 28. Mai 1906.

IV.

#### Das Diätengesetz.

Seit ungefähr einem Menschenalter ist beinahe in jeder Session von der Mehrheit des Reichstages vergeblich die Zahlung von Diäten an die Reichstagsabgeordneten gefordert worden. Die Sozialdemokratie stellte und unterstützte die Forderung, weil sie eine gerechte und eine notwendige Ergänzung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts. Die zustimmenden bürgerlichen Parteien traten aus Parteizweckmäßigkeitsgründen für die Forderung ein, während die Regierung in der Diätenlosigkeit ein Korrelat zum allgemeinen und gleichen Wahlrecht sah, vor allem aber, getrieben nach Bismarck und der ultrareaktionären Rechte, durch die Diätenlosigkeit anfangs verhindern wollte, daß Angehörige der Arbeiterklasse, schließlich auch des sogenannten Mittelstandes, in das Reichsparlament ihren Einzug halten. Das Wachstum der Sozialdemokratie nötigte die Parteien der bürgerlichen Linken und des Zentrums, um das immer mehr mißtraulich genordene Kleinbürgertum und die stetig werdende Arbeiterschaft bei Wahlen wieder einzufangen, sogenannte Mittelstandsandidaten aufzufüllen, die aber neben den Agrar- und Industriemagnaten im allgemeinen zu den Kleinsten — Schwänzen der Sessungen gehörten, teilweise deshalb, weil sie die finanziellen Opfer der pflichtgemäßen Mandatsausübung nicht zu tragen vermochten. Gebieterlich stellte sich die Notwendigkeit der Diätenzahlung ein, im Interesse der — bürgerlichen Parteien und des bürgerlichen Parlamentarismus. Und speziell der Gang der parlamentarischen Geschäfte der letzten zwei Jahre ließ der Regierung gar keine andere Wahl mehr übrig, als der Forderung des Reichstages Rechnung zu tragen, die im Januar dieses Jahres aufs neue von ihm erhoben worden ist. Und man darf ruhig behaupten: ohne die Diätenvorlage wären wenigstens im verflochtenen Sessionsabschnitt, weder die soziale Finanzreform noch die Militärpensionsgesetz auf Verabschiedung gelangt.

Die Entschädigung beträgt 3000 Mk. pro Kalenderjahr, zahlbar in fünf Monatsraten, deren erste 200 Mk. beträgt und dann um je 100 Mk. steigt, sowie in einer Schlusssumme von 1000 Mk., die gleichsam eine Art Akkordprämie ist. Die sozialdemokratische Fraktion sah, wie kurz noch bemerkt sei, der ganzen Diätenaktion mit heftiger Mißbilligung. Gegen sie vornehmlich hat man feinerseit die Diätenlosigkeit eingeführt, die bürgerlichen Parteien aber getroffen, während die Sozialdemokratie auf diese Maßregel einfach gepiffen hat.

#### Das Gesetz gegen die Hilfskassen.

Die reaktionäre, jeder selbständigen Regierung und Befähigung der Arbeiterklasse feindliche Tendenz, die wie ein roter Faden auch die sozialpolitische Gesetzgebung durchzieht, lebt neuerdings mit besonderer Lebendigkeit auf. Schwer bedroht ist das Selbstverwaltungsrecht der Ortskrankenkassen, zuvor aber sollen die freien und eingeschriebenen Hilfskassen möglichst fraktioniert werden, wie das dem Reichstag vorliegende Hilfskassengesetz beweist.

## Die Mutter seines Kindes.

Von Friedrich Thieme.

(Nachdr. verb.)

(Fortsetzung.)

„Sie müssen wiederkommen, recht bald,“ drängte auch die jungen Mädchen, als das Ehepaar gegen Mitternacht sich endlich zur Heimkehr anschickte. „Nicht wahr, Herr Doktor, Ihre Frau Gemahlin befindet uns bald wieder?“

„Wenn Sie es wünschen, gewiß,“ versicherte der Arzt bereitwillig. „Marie kann nichtsdesto besser aufgehoben sein. Aber vorher leben wir Sie wohl bei uns? Wir sind zwar noch nicht eingerichtet, ich habe noch kein vollendes Logis gefunden, in dessen Rahmen wir schon aus, wenn Sie Ihre Ansprüche nicht zu hoch spannen. Aber Sie müssen uns aufsuchen, solange Ernst noch unter uns ist.“

Marie richtete befreundet die großen Augen auf ihren Mann. Was bedeutete das? Spielte er mit ihr oder mit den anderen? Mit einem wehen, unbeschreiblich wehen Gefühl empfing sie die Umarmungen der neuen Freundinnen und das herzliche „Lebewohl!“ des biederen Juristen, der es sich nicht nehmen ließ, dem Mädchen ein gutes Stück das Geld zu geben.

Endlich waren sie allein. Schweigend wanderten sie Seite an Seite dahin durch die nächtlich stillen Straßen. Ueber ihnen fand voll und klar der silberne Mond. Der Himmel funkelte von tausend Sternen.

Marie schaute empor zu dem blauen Firmament und ihre Augen füllten sich mit Tränen. Kurt schickte sich, innerlich wie gebrochen. Seine Schuld rächte sich furchtbar an ihm, er war heute schwer, sehr schwer gekränkt worden! Marie liebte ihn einst und er hatte sie verstoßen — nun liebte er sie und sie verachtete ihn! Wie sollte das enden?

10.

Das stille Wohngemach verklärte der Mondenschein. Durch das geöffnete Fenster drang eine

das die Hilfskassen unter das Privatversicherungs-gesetz stellen will. Das sehr durchsichtige Vorgehen wird mit der Notwendigkeit motiviert, die — Schwindelkassen zu bekämpfen. Daß die Hilfskassen mit diesen aber nichts gemein haben, vielmehr durchaus einwandfrei ihre Aufgabe erfüllen, steht erfahrungsgemäß fest. Die Fraktion bekämpfte daher das Hilfskassengesetz ganz energisch. Unser Redner bei der ersten Beratung führte die Begründung der Regierung für das Gesetz gründlich ab und wies nach, daß bei der Buntstichigkeit und den niedrigen Leistungen der öffentlichen Krankenversicherung die Erlösen der gut und vertrauenswürdig geleiteten und gestellten Hilfskassen geradezu eine Notwendigkeit ist, die auch der großen, großen Zahl der Nichtversicherungs-pflichtigen die Möglichkeit einer soliden Versicherung bieten. An schlagenden Beispielen wies unser Redner die Schädigung nach, die der sehr großen Zahl der in Hilfskassen Versicherenden zugefügt wird, wenn das Gesetz Annahme findet. Die Entscheidung ist noch nicht gefallen, da der Gesetzentwurf einer Kommission überwiesen worden ist, die ihre Beratungen noch nicht zum Abschluß gebracht hat.

#### Änderung des § 833 des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

Ein großes Schlaglicht auf die Haltung der Juncker und die Folgsamkeit der Regierung warf ein kleiner Gesetzentwurf. § 833 des Bürgerlichen Gesetzbuchs lautet:

„Wird durch ein Tier ein Mensch getötet oder der Körper oder die Gesundheit eines Menschen verletzt oder eine Sache beschädigt, so ist derjenige, welcher das Tier hält, verpflichtet, dem Verletzten den daraus entfallenden Schaden zu ersetzen.“

Auf Grund dieses Paragraphen sind in den fünf Jahren 1900 bis 1904 in ganz Deutschland 855 Personen von den Landgerichten und Oberlandesgerichten zu Schadenersatz verurteilt. Nicht mitgeteilt sind die kleinen Schäden, die von Amtsgerichten erledigt wurden, wo der Schadenersatz also keine 300 Mk. betrug. Will sich ein Tierhalter vor großen Ausgaben bewahren, so kann er sich gegen Haftpflichtversicherung. Die meisten großen Tierhalter sind auch bei sogenannten Gegenstandskassensversicherungen versichert. Kapitalistische Versicherungsgesellschaften nehmen für die Haftpflichtversicherung für ein Pferd 3 Mk. pro Jahr. In den Gegenstandskassensversicherungen ist es erheblich billiger. Die Juncker hatten sich nun ausgerechnet, daß sie es noch einige Pfennige billiger haben könnten, wenn sie nicht jeden durch ein Tier zum Krüppel gewordenen Menschen zu entschädigen brauchten. Sie beantragten daher, dem Paragraphen folgenden Zusatz zu geben: „Die Ersatzpflicht tritt nicht ein, wenn der Schaden durch ein Haustier verursacht wird und derjenige, welcher das Tier hält, bei dessen Vernachlässigung die im Verkehr erforderliche Sorgfalt beobachtet, oder wenn der Schaden durch die Anwendung dieser Sorgfalt entstanden sein würde.“

Got der Herr seinem Knecht eingeschärft, er soll gut aufpassen und wenn dann ein leichtschwebendes Pferd dennoch durchgeht und Menschen zu Krüppeln stampft, dann sollen die Krüppel weder Anspruch auf Kurkosten noch auf sonst einen Schadenersatz haben. Der Tierhalter hat die nötige Sorgfalt beobachtet. Durch einen Geschäftsordnungs-trick gelang es im vorigen Jahre unseren Genossen, diesen Antrag in eine Resolution umzuwandeln, wodurch die direkte Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuchs verhindert war.

Die Regierung, die sonst die Resolutionen wenig beachtet, wagte aber nicht, eine Resolution, in der die Juncker einen Profit von wenigen Pfennigen auf Kosten von Krüppeln und Witwen und Waisen forderten, unbeachtet zu lassen. Schon am 24. Februar kam die Regierungsvorlage, die den Wünschen der Juncker Rechnung trug.

Die jetzige Fassung des § 833 ist dem Code civil, also jenem vor mehr als 100 Jahren geschaffenen bürgerlichen Gesetzbuch Frankreichs entnommen und in den linksrheinischen Bezirken seit mehr als 100 Jahren altes Recht gewesen. Der soziale Gedanke, daß der an Leben und Gesundheit Geschädigte nicht verbürgern soll, widerstrebt den Auffassungen stölbischer Juncker und einer Reihe von Zentrumsagrariern und Juristen. Kann man die Agrarier und einige Pfennige bereichern, dann nimmt man selbst dem Krüppel sein Stück Brot. Dieses Streben wird von der Regierung unterstützt. Noch ist die Aenderung nicht beschlossen, aber es wird sich dieselbe Mehrheit, die schon so viel zur Bereicherung der Agrarier getan hat, auch hier zusammenfinden. Die Juncker gewinnen nur wenige Pfennige, aber die Krüppel verlieren ihre Existenz. Diese Vorlage ist ein drastischer Beleg für die Sozialpolitik des Fürsten Bismarck.

#### Interpellationen — Initiativanträge.

Sofort nach dem Zusammentritt des Reichstages richtete die Fraktion an den Reichszkanzler diese Interpellation:

Welche Maßnahmen gedenkt der Herr Reichszkanzler zu ergreifen, um der Höhe der Fleischpreise, die seit geraumer Zeit eine Katastrophe für weite Kreise der erwerbstätigen Bevölkerung geworden ist, entgegenzuwirken? Gedenkt der Herr Reichszkanzler insbesondere eine Aufhebung der Fleisch- und Viehsteuern und eine Aufhebung der Vorschriften herbeizuführen, die die Einfuhr lebenden Viehes und zubereiteten Fleisches aus dem Ausland erschweren?

In der eingehenden Begründung brandmarkten unsere Redner die Politik, durch hohe Böhle die notwendigen Lebensmittel künstlich zu verteuern, durch Grenzsperrungen und Einfuhrerschwerungen den vorhandenen Mangel an Schlachtvieh zu vergrößern, also eine weitere Teuerung herbeizuführen, im Interesse der unerfährlichen Profitgier der Agrarier. Unser Redner wies auch auf die enorme Schädigung der Volksgesundheit hin, die durch die agrarische Liebesgabenpolitik eintritt, weil die ohnehin vorhandene Unterernährung großer Volksmassen erheblich verschlimmert wird. Abschaffung der Böhle, Aufhebung der Grenzsperrungen und Beobachtung vernünftiger Vorichtsmaßregeln war unsere Forderung, die der preussische Landwirtschaftsminister in seiner Beantwortung mit Argumenten bekämpfte, die die zollwucherische Reichstagsmehrheit entzückte, weil sie offenbarten, daß die Regierung mit Wollwusch im Fahrwasser der Agrarier und Lebensmittelpreverteuerer legte.

„Rorussia“ — Interpellation. Am 7. Juli 1905 ereignete sich auf der Heide „Rorussia“ (Ruhrgebiet) ein Heidenbrand, dem 39 Bergleute zum Opfer fielen; nur die Leichen von 14 der Toten konnten geborgen werden, die übrigen lagen noch viele Monate in der Grube. Bei der späteren Bergung glaubte man Merkmale für die entsetzliche Annahme gefunden zu haben, daß von den 25 Bergmännern ein Teil nicht den Tod in dem unterirdischen Feuermeer, sondern durch Verhungern erlitten hat.

Der Doktor suchte zusammen.

„Welchen Zweck? — Marie —“

„Willst du zu allem, was du mir angetan, auch noch Hohn zufügen?“ rief die Mutter seines Kindes mit zitternder Stimme. „Ich ertrage es nicht länger, Kurt. Ich habe auf mich genommen, was über meine Kräfte geht. Sie sind zu Ende. Ich breite zusammen unter der Qual dieser langen Monate. Selbst das Opfer, das ich der Ehre und Zukunft meines Kindes brachte, war nicht halb so schwer als das! Ich habe versucht, meine Pflicht zu tun trotz deiner Verachtung, trotz der Unwürdigkeit der Rolle, zu welcher du mich in deinem Hause verdammt hast. Aber jede Stunde dieses Dulderlebens ist mit Tränen und Herzblut geteilt. Meine Blüte weilt dahin, ich fühle, daß ich schwächer werde. Wenn ich hier noch länger ausstarre, so vollziehe ich mein eigenes Todesurteil!“

„Marie — was willst du damit sagen?“

„Ich frage dich, wie lange dieser Zustand noch dauern soll. Gib mir eine kurze und entscheidende Antwort, wie lange soll ich noch meine weibliche Würde deinen geschäftlichen Rücksichten opfern? Erscheint dir die vergangene Zeit noch nicht lang genug?“

Kurt starrte voll Bestürzung auf sein Weib. Er brauchte eine Weile, sich zu fassen, ehe er erwiderte: „Es war nie mehr die Rede davon, daß wir uns trennen würden. Ich hoffte nicht, daß du — ich glaubte —“

„Haben wir nicht die bestimmte Verabredung getroffen, daß ich nur solange bei dir bleiben soll, bis du ohne schädliche Folgen für deine Person die Scheidung vollziehen lassen konntest?“

„Du selbst erklärtest ja, Marie — und ich gestehe, ich gab dir Grund zu dieser Erklärung —, daß diese Verbindung die Hochzeit um keine Stunde überdauern solle,“ warf der Arzt wie entschuldigend ein. „Aber auf deine Veranlassung hartete ich bei dir aus. Und nun wünschst du zu wissen, wann meine Dienstreue zu Ende ist.“

Die Fraktion richtete an den Reichszkanzler diese Interpellation:

„St dem Herrn Reichszkanzler bekannt, daß durch Anberahtlassung der reichsgesetzlichen Arbeiterbeschäftigungen am 10. Juli 1905 auf der Kohlenzeche „Rorussia“ bei Dortmund ein Schachtbrand eingetreten ist, durch den 39 Arbeiter getötet worden sind? Was gedenkt der Herr Reichszkanzler zu tun, damit ähnlichen Grubenunglücksfällen vorgebeugt wird?“

Was angesichts der Größe und des entsetzlichen Charakters jener Katastrophe selbst von der deutschen Regierung nicht zu erwarten war, geschah: sie lehnte die Beantwortung ab, weil — die Untersuchungen keine Verletzungen reichsgesetzlicher Vorschriften ergeben hätten. Und auch für die zweite Frage unserer Interpellation, was die Regierung zu tun gedenkt, um ähnlichen Katastrophen vorzubeugen, hatte sie nicht einmal ein Wort übrig, so redendfrei sie sonst ist. Bei Agrariern, Flottenpatrioten usw. Die Fälle des von unseren Rednern bei der Interpellationsbesprechung vorgebrachten Materials illustrierte das Glend des deutschen Bergarbeiterschaftes drastisch und erbrachte den zwingenden Beweis für die Notwendigkeit eines Reichsberggesetzes und der Anstellung von Bergarbeitern bei der Berginspektion. Nicht unerwähnt bleibe die Rolle, die der national-liberale Abgeordnete Weumer bei dieser Debatte spielte, als Ausreißer des Grubenkapitalismus, dessen Raubbau und unerfährliche Profitgier die ungeheure Menschenopfer im Bergbau mit verschuldet. Vom Jahre 1886 bis 1904 sind in deutschen Bergbau 102 252 Proletarier verunglückt; 19 497 davon blieben tot auf dem Schachtboden der Arbeit. Von einer unermeßlichen Summe von Schmerzen und Leiden, Glend und zerstörtem Familienglück reden diese graufigen Zahlen. Mögen sie in ihrer vollen erschütternden Macht den Bergarbeitern sagen und lehren, daß diesem industriellen Massenmord nur durch energische organisatorische Betätigung und durch Beseitigung der privatkapitalistischen Produktionsweise Einhalt getan werden kann. Was die Bergarbeiter von der Regierung zu erwarten haben, hat ihnen aufs neue ihre Verbalten bei der „Rorussia“-Interpellation gelehrt — und welche Sorte Freunde die Bergarbeiter an den bürgerlichen Parteien haben, ist ihnen durch die Verhöhnung der ohnehin kraftlosen Berggesetz-nobelle im preussischen Reichslandtag klar demonstriert worden. Die Sozialdemokratie allein vertritt ehrlich und energisch die Interessen aller Arbeiter.

Interpellation betr. die Russen-aussweisungen. Massenhaft wurden im April ds. Jz. aus Berlin russische Staatsangehörige ausgewiesen, ohne daß die geringste Veranlassung zu dieser willkürlichen, in ihrer Form und Wirkung ungemein brutalen Maßnahme vorhanden war. Die Fraktion interpellierte deshalb den Reichszkanzler wie folgt:

„St dem Herrn Reichszkanzler bekannt, daß der Polizeipräsident von Berlin mit Billigung des preussischen Ministers des Innern im Widerspruch mit Artikel 1 des deutsch-russischen Handels- und Schiffsabkommens vom 28. Juli 1904 russische Staatsangehörige in Massen des Landes verweist? Und was gedenkt der Herr Reichszkanzler gegen diese ungeheuerlichen Maßnahmen zu tun?“

Die Reichsregierung wählte der Tapferkeit besehnen Teil und lehnte die Beantwortung ab, indem

Er fuhr sich, wie er in Momenten der Erregung zu tun pflegte, mit der Hand über die Stirn.

„Deine Dienstreue — wenn du es so auffasest — Gott im Himmel! Du willst mich verlassen Marie?“

Marie blickte so stolz und fest auf ihn wie damals, als sie den schweren Kampf um ihre Ehre kämpfte.

„Ich verheiß dich nicht,“ rief sie mit einfacher Würde. „Was kann ich anders tun, als dich verlassen? Soll ich noch länger meine Kraft, meine Gesundheit, mein Leben einer niedrigen Heuchelei preisgeben? Nein, einen Tag gleich dem heutigen vermöchte ich nicht zum zweitenmale zu überleben. So vor die Menschen hinzutreten, die keine Abnung haben von meinem Leiden, mit dem Bewußtsein, unter falscher Flagge zu segeln; alle diese autgemeinten Strofen und Scherze anhören zu müssen und zu wissen, daß der Mann, mit dem man sich glücklich wähnt, an meiner Seite nach Befreiung seufzt — o Kurt, du weißt nicht, was du heute von mir verlangst hast! Wenn ich in meinem Kämmerlein bin, darf ich wenigstens weinen, aber den Menschen muß ich ein heiteres, unbewölkt Gesicht zeigen, ich muß mich glücklich und harmlos stellen, ich muß heucheln und betriegen, und kein Laut des Schmerzes darf meiner gemißhandelten Brust entweichen, wenn auch die Folterqualen ihrer schönen Worte sie zerreißen und zerfleischen!“

„Marie — was habe ich getan!“ stöhnte der Gatte aufs tiefste erschüttert und preßte die Hände vor das Gesicht.

„Und du gibst dir nicht einmal Mühe, mir diese Pflichten zu erleichtern. Du selbst hast nicht Kraft oder Willen genug, deine Abneigung auch nur scheinbar zu unterdrücken — du stellst mich verächtlich und niedrig hin — ich muß mich schämen vor allen Menschen, vor mir selbst, vor meinem Kinde! Ich gebe, Kurt, ich will der unwürdigen Sklaverei entfliehen, die du mir auferlegst — ich verlasse dich, Kurt!“

(Fortsetzung folgt.)

ke vorfichte, die Handhabung der Fremdenpolizei unterstehe der Machtsphäre der Einzelstaaten, das Reich könne da nicht hineinreden. Die Besprechung der Interpellation führte zu einer Bloßstellung der Berliner politischen Polizei, wie sie blamabler gar nicht gedacht werden kann. Allenmäßig wies unser Redner nach, daß einer der bekanntesten Berliner Kriminalkommissare (Schöne) einen russischen Staatsbürger zum Landesverrat gegen Rußland anstiftete, daß das Berliner Polizeipräsidium, um die landesverräterische Handlung zu ermöglichen, dem Manne einen falschen Paß ausstellte und ihm baren Judaslohn noch extra versprach. Diese Enthüllungen über das Gebahren der politischen Polizei schlugen wie eine Granate ein; ebenso auch der Nachweis, daß bei den Ausweisungen teilweise mit der größten Rücksichtslosigkeit verfahren worden ist. Schlimmer hat die politische Polizei, die ja schon vielfach schwer bloßgestellt werden konnte, noch nie am Pranger gestanden, als wie am 3. Mai d. J., dem Tage der Interpellationsbesprechung. Die Wucht der Tatsachen ließ selbst bei den in Fragen des Polizeiregiments so distillierten bürgerlichen Parteien das Gefühl der Beschämung aufkommen. Nur der ereaktionären Rechts blieb es vorbehalten, durch den Junker v. Oldenburg-Januschau diese Polizeitaten verteidigen, ja selbst loben zu lassen, womit die Junker und ihr Anhang wiederum gezeigt haben, wieweil eine erschreckend rückständige und gemütsrohe Gesellschaft sie sind.

## Badische Politik.

### Nur aus Versehen

Will der Bad. Beobachter in dem Artikel: „Lessing, Schiller, Goethe unpolitisch“ das Wort „unpolitisch“ gebraucht haben. Dann haben die Bemerkungen, die der Bad. Beobachter an das Zitat aus den Münd. Neuest. Nachr. geknüpft hat, gar keinen Sinn. Denn daß Lessing, Schiller und Goethe keine Christen im Sinne unserer „guten Christen“ von heute waren, weiß schließlich jeder Sextaner. Und daß das klassische Altertum nicht christlich war, lernt man sogar in der Volksschule. Worauf es in diesem Falle ankommt, ist, daß der Bad. Beobachter unsere größten deutschen Klassiker verunglimpfen wollte und daß er sich dabei auf die Münd. Neuest. Nachr. bezog, um gegenüber den gläubigen Lesern der ultramontanen Presse ja den Eindruck zu erwecken, Goethe, Lessing, Schiller sind unpolitisch. Der Bad. Beobachter hat den Sinn des Zitats der Münd. Neuest. Nachr. zum mindesten gründlich entstellt. Was dies Mündener Blatt sagen wollte, geht aus dessen Zitat für jeden, der es verstehen will, klar hervor. Es hält das gegenwärtige Verhältnis zwischen Schule und Kirche für widerprüchlich. Man kann nicht die Ideale der Lessing, Goethe und Schiller verherrlichen und gleichzeitig dem heutigen Christentum huldigen wollen, denn — so heißt es in dem Artikel der M. N. — Lessing, Goethe und Schiller sind gerade so unchristlich, wie es die alten Heiden waren. Deshalb müßte um der Redlichkeit willen die Schule von der Kirche getrennt werden. Und da kommt der Bad. Beobachter und schreibt einen Artikel mit der Ueberschrift: Lessing, Goethe, Schiller unpolitisch und bemerkt am Schlusse, nicht er, sondern die M. N. hätten das behauptet, folglich müsse es richtig sein.

Auf solchen Pfaden wird die ultramontane Presse sehr oft ertrast, und deshalb haben wir dagegen Front gemacht. Wenn der Bad. Beobachter so schnippt, wie in seiner Erwidrerung auf unsere Notiz, kann man stets annehmen, daß man bei ihm ins Schwarze getroffen hat.

### Sundstags-Politikerei.

In der bürgerlichen Presse, der es auch im Spätsommer noch an geeignetem politischem Stoff zur Bearbeitung fehlt, obwohl solcher täglich in ziemlichen Quantitäten geboten wird, hat man sich in den letzten Tagen wieder mit einer Aeußerung des Genossen Kollb, die er in einer Versammlung des sozialdemokr. Vereins Karlsruhe getan haben soll, unterhalten. In besagter Versammlung hat Genosse Trabinger sich prinzipiell gegen die Kompromisse und speziell gegen das Stichwahlabkommen vom 28. Oktober v. J. geäußert. In seiner Schlussrede kam Genosse Kollb auch auf die Bemerkungen des Genossen Trabinger kurz zu sprechen, indem er u. a. sagte, das Stichwahlabkommen sei vom faktischen wie politischen Standpunkt aus gerechtfertigt gewesen. Unter den gleichen Voraussetzungen und bei gleichen Verhältnissen würde die Sozialdemokratie wahrscheinlich auch wieder die gleiche Taktik befolgen. Daraus schloß nun die Zentrumspresse, Genosse Kollb habe für die nächsten Landtagswahlen, die bekanntlich erst im Jahre

1909 stattfinden, den Nationalliberalen die Wahlhilfe der Sozialdemokratie versprochen. Wir brauchen wohl hier nicht besonders hervorzuheben, daß das, was der Genosse Kollb gesagt hat, etwas ganz anderes ist, als das, was ihm die Zentrumspresse unterstellt. Die Feststellung des wirklichen Tatbestandes dürfte wohl genügen, um dem Geschnur einiger bürgerlicher Zeitungen ein Ende zu machen.

### Es ist erreicht.

Unter den circa 2000 aus Anlaß des Großherzogsjubiläums Dekorierten befinden sich auch der Karlsruher Stadtrat und Führer der Freisinnigen, Dr. Fritz Weil und der „freisinnige“ Stadtverordnete Rechtsanwalt Friedberg. Letzterer Herr verfaßt keine Gelegenheitsreden, seine monarchische Ueberzeugung alleruntertänigst zu bekunden und er tut es jeweils in Formen, die selbst bei den von Hause aus monarchisch Gesinnten Bauchgrimmen verursacht.

Herr Dr. Friedrich Weil bekennt seine monarchische Gesinnung in der Öffentlichkeit erst seit einigen Jahren. Früher war er ein stammer Oppositionsmann, der sich von den zur Verherrlichung der Monarchie stattfindenden Festivitäten fernhielt. Ganz früher hatte Herr Dr. Fritz Weil sogar sozialdemokr. Annäherungen. Diese „Jugendjüden“ hat aber Herr Dr. Weil in den letzten Jahren nach Möglichkeit abzuwischen verstanden. Daß man sie ihm verzeihen hat, beweist die Verleihung des Jähringer Löwen I. Klasse. Dr. Fritz Weil hatte mit Bezug darauf sogar mehr Glück, als viele andere, die zeitweilig ihre monarchische und staatsverhaltende Gesinnung alleruntertänigst bekundeten und zur Schau getragen haben und jetzt mit dem Jähringer Löwen zweiter Güte, sogar ohne Eichenlaub, vorlieb nehmen mußten.

Ein sonst ganz „loyal“ denkender Mann meinte übrigens uns gegenüber, daß die Fülle der Orden, die diesmal verteilt wurden, sei es quasi eine Auszeichnung, keinen erhalten zu haben. Wir vermögen uns in die Gesühle der Ordensbesitzigen nicht hineinzuversetzen und machen uns deshalb darüber kein Urteil an. Nur so viel wissen wir, daß die Verleihung der Orden auch in den Reihen der „Gutgesinnten“ in den letzten Jahren geradezu rapid geschwunden ist. Freilich gibt es auch noch Leute, die wenn sie auch nur eine Kupferdenkmünze auf der Brust tragen dürfen, ein befriedigendes Gefühl beschleicht. Eine Ausnahme davon machen unsere Arbeiter, die ihre Kupferdenkmünzen, die sie für 30jährige treu geleistete Arbeit beim Staat erhalten, schweigend in die Tasche stecken und zu Hause angekommen, sie in der Schublade verwahren.

### St. Eisenbahnbureaukratie

trotzt in seinen ausgefahrenen Gleisen, trotz aller Kritik, die an ihn geübt wurde, weiter. Immer langjam voran, damit der Krähwinkler Landsturm nachkommen kann, das ist seine Parole. Wir wollen hier nicht auf die Bahnhofsbauten eingehen, nicht einmal auf den Durlacher Bahnhofsbauplan, von dem man immer noch nichts sieht und noch weniger hört. Demnächst werden die Profile wieder abgefaßt sein und durch neue ersetzt werden.

Auch im Bahnbau gehts genau so zu. Ein Beispiel: Zwischen Osterburken und Mosbach bzw. Redelsz wurde im vorigen Jahre das zweite Gleis gebaut. Dazu bedurfte es natürlich des Anbaus von Grundstücken, so auch in Dallau, Oberseffenz und anderen Orten. Da wurden nun Grundstücke zum Bahnbau benötigt, ohne daß man die Eigentümer derselben auch nur benachrichtigte, geschweige denn in Unterhandlungen mit ihnen trat. Bereits am 1. Mai d. J. wurde das zweite Gleis dem Betrieb übergeben und noch heute warten Leute auf die Entschädigung für ihre zum Bahnbau benötigten Grundstücke. Zwar hat man im Mai d. J. sich glücklich benommen gefühlt, mitzuteilen, daß durch das Versehen (I) eines Bahnbauinspektors die Genehmigung zur baulichen Zuangriffnahme des Grundstücks verfaßt wurde. Man ver sprach, daß die Ausbezahlung der Kaufentwädigung nebst 4 Proz. Zinsen vom Zeitpunkt der Zuangriffnahme gerechnet (das Volk zählt ja für diese „Versehen“) aber mittlerweile ist wieder ein Vierteljahr verstrichen und weder Geld noch irgendwelche Nachricht eingetroffen.

Und das ist nur ein kleines Bildchen aus dem großen Mosaik bureaukratischer Schinderei. Wenn man schon „vergisst“, die Genehmigung, bezw. den Kauf von Grundstücken zum Bahnbau zu bewerkstelligen, was mag da sonst noch alles „bergesen“ werden, was hinterher viel Geld kostet und wodurch der Eisenbahnetat ungünstig beeinflusst wird.

Wenn man aber im Landtag hört, ist nicht vergessen, wozumöglich hat man solche Dinge sogar noch reichlicher Ueberlegung gerade so gemacht. Die Worte beim Bruchfaller Bahnhof und in der Karlsruher Hauptwerkstätte wurden nicht vergessen, die Klänge beim Kaiserbahnhof auch nicht, beileibe nicht. Auch die Auszahlung der für die Grundstücke zum Bau des zweiten Gleises Osterburken-Mosbach fälligen Summe ist nicht vergessen, wenigstens glauben wir annehmen zu dürfen, daß diese Zeiten genügen, um gewissen Herren in der Generaldirektion Weine zu machen, damit die Zinsen, die aus den Taschen der Steuerzahler bezahlt werden, nicht allzu hoch im Verhältnis zur Kaufsumme werden.

### Der neue Kurs in Mannheim.

In der „Münchener Post“ Angelegenheit hat die Staatsanwaltschaft Mannheim gegen die durch das Landgericht erfolgte Freisprechung des Genossen Oscar Geß, Redakteur der Volksstimme, beim Reichsgericht in Leipzig Revision eingelegt.

Hoffentlich hat die Mannheimer Staatsanwaltschaft mit ihrer Sittlichkeitsfregerei in Leipzig so wenig Glück, als sie es in Mannheim gehabt hat. Es scheint aber, als wolle man in Mannheim unter allen Umständen gegen die sozialdemokr. Presse einen „Erfolg“ erzielen.

### Ein politischer Verleumdungsprozess.

Aus Waldshut schreibt man uns: Ein Verleumdungsprozess, der auch über die Grenzen Waldshuts hinaus Interesse hat, kam am letzten Freitag vor dem hiesigen Schöffengericht zur Verhandlung. Kläger war Rechtsanwalt August Wielandt, Beklagter der Redakteur der ultramontanen Neuen Waldshuter Zeitung, Gustav König. Letzterer hatte gegen Wielandt Verleumdung erhoben. Die Verhandlung dauerte von vormittags 11 Uhr mit einer Unterbrechung von 2 Stunden bis nachts halb 11 Uhr. Der Vortrag des Publikums war namentlich in den Nebenstunden so hart, daß man glaubte, es handle sich um den Kaiserprozess. Daß die Zentrumsparthei dieser Sache großen Wert beizulegen schon aus dem Umlande hervor, daß der besagte Redakteur sich den bekannten Zentrumsagitator Rechtsanwalt Bauer-Konstanz als Verteidiger bestellt hatte, und schließlich hatten die Verhandlungen einen starken politischen Beigeschmack. Gegenstand der Verhandlung bildeten eine Reihe von Artikeln in den beiden hiesigen Zeitungen Altbote und Neue Waldshuter Zeitung. Die Leser werden sich noch erinnern, daß dieses Präsidium der Gemeindeverwaltung hiesiger Stadt eine Uebersetzung der Straßen vornehm und dabei u. a. dem seit circa 30 Jahren sog. Bismarckplatz wieder die frühere Bezeichnung St. Johannisplatz beilegte. In einem offenen Brief an den Gemeinderat wendete sich hierauf Rechtsanwalt Wielandt gegen diesen Beschluß und erludie den Gemeinderat, die Bezeichnung Bismarckplatz zu lassen. An diesen offenen Brief knüpfte sich eine lebhafteste Stellungnahme und eine von Wielandt einberufene öffentliche Volksversammlung mit der Tagesordnung: Die Wählererschaft der Stadtverwaltung Waldshut. Auf beiden Seiten fielen kräftige Hiebe, welche zum Teil persönliche Verleumdungen enthielten. Den ganzen Gang der Verhandlung können wir kaum angeben, wegen nicht schiden, doch seien einzelne Momente hier herausgegriffen, die auch größeres Interesse haben. Rechtsanwalt Wielandt betonte, daß er gegen seinen eigenen Willen in dieser Angelegenheit die ihm gegebene Erklärung in seiner Partei zu bekämpfen. Auf alle anderen Verleumdungen persönlicher Natur wolle er gar nicht eingehen, denn es sei ja bekannt, daß wenn die Zentrumsparthei sich dem Gegner nicht mehr bekommen kann, zu persönlichen Verunglimpfungen und Verleumdungen übergegangen werde.

Auch eine Zeugenaussage des Bürgermeisters Böhle war sehr interessant. Wielandt wollte nämlich wissen, was der Redakteur der N. W. Z. mitgeteilt habe, daß der betr. Gemeinderatsbeschuß einstimmig gefaßt worden sei, trotzdem die zwei liberalen Gemeinderatsmitglieder dagegen opponierten und die Streichung des Wortes „einmütig“ veranlaßten. Böhle sagte, daß er das dem Redakteur mitgeteilt und erklärte auf Befragen des Vorsitzenden, daß er trotzdem den Beschluß für einstimmig gehalten habe. Getrenntlich als Rechtsanwalt Bauer sein Vorbringen legte, glaubte man nicht, daß er den angeklagten Redakteur König zu verteidigen hätte, sondern die hiesigen Mitglieder der Zentrumsparthei. Selbst die Richter im Schöffengericht glaubte er gegenüber Verleumdungen in Schutz nehmen zu müssen. Wiederholt mußte er vom Vorsitzenden ermahnt werden, bei der Sache zu bleiben. Auch meinte Bauer, es sei nicht schon von Wielandt, daß er die hiesigen Zentrumsmitglieder in einem Artikel Volksverführer heiße, was ihm von Wielandt dahin erwidert wurde, daß er das aufrecht erhalte, er halte dieselben für große Demagogen und werde dafür den Wahrheitsbeweis antreten. Auch die bekannte Verleumdung Wielands über die Bismarck-Platzfrage, zu welcher sich Wielandt als Zeigener gemeldet, wurde zum Gegenstand der Uebersetzung gebracht. Unter großer Anteilnahme des Publikums behauptete Bauer, daß der Minister auf der Karte als der Redakteur König, der Kapuziner als der Bürgermeister Böhle, der Mann auf der Leiter als der Landgerichtspräsident und noch einige hiesige Zentrumsmitglieder zu erkennen seien. Wielandt erklärte auf Ehrenwort, daß ihm als Zeigener diese Absicht vollständig ferngelegen habe und daß solche Behauptungen lediglich fantasie seien.

Wir hatten den Eindruck, daß die Verteidigung des Redakteur König hinter der Verteidigung der Zentrumsparthei gelitten hat. Von dem Rechtsanwalt Bauer hätten wir eine andere Verteidigungsrede erwartet. Um halb 10 Uhr abends zog sich der Gerichtshof zur Beratung zurück und verkündete um halb 11 Uhr folgenden Urteil: Der Angeklagte, Redakteur Gustav König, wird zu 100 Mark Geldstrafe, eventuell 10 Tage Haft und 1/2 der Kosten, der Widerbeteiligte, Rechtsanwalt August Wielandt, zu 25 Mark Geldstrafe, eventuell 3 Tage Haft und 1/4 der Kosten verurteilt.

Anschließend wollen wir ein kleines Wort zum Inhalt der Verhandlung beifügen und am Zeugnisgenossen beifügen, sagte dieser Herren spöttisch: „Schon kommen die Sozgen“, worauf die anderen in ein Gelächern ausbrachen. Es hat diesen schwarzen Witzern offenbar nicht recht gegn, daß auch wir unsere Parteifreundschaft haben. Wir können ihnen aber verraten, daß wir überall da unsere Nase hineinsetzen werden, wo wir es für gut finden und das Recht dazu haben. Es wäre nämlich schon manchmal gut gewesen, wenn die „Sozgen“ auch bei Bürgerausführungen die Parteifreundschaft hätten. In Zukunft werden wir dafür sorgen, daß die Beschlässe eine öffentliche Kritik erfahren.

## Deutsche Politik.

### Eine eigene Kandidatur

haben die Freisinnigen im sächsischen Wahlkreis Döbeln-Herttha in der Person des Lehrers Red in Dresden für die bevorstehende Reichstagswahlwahl proklamiert. Demnach wollen die Freisinnigen von der nationalliberalen Kandidatur des Professors Haffe nichts wissen. Daß ein offener Feind des Reichstagswahlrechts wie Haffe von den Nationalliberalen als Kandidat in einem sächsischen Wahlkreis aufgestellt wird, beweist übrigens, wie verkommen und wie dümm der sächsische Nationalliberalismus ist.

Eine ungeheuerliche Geschichte aus Kamerun weiß die Berliner Zeitung zu erzählen. Zur Zeit der Puttkamerischen Herrschaft kam, so berichtet sie, ein Landchaftsmaler namens Leuschner nach Kamerun, bei dem Herr von Puttkamer alsbald Massenden nahm. Der Gouverneur honorierte seinen Lehrer fürstlich, indem er ihn zum „Bogobauer“ ernannte und alsbald zum Bezirksleiter von Buna avancieren ließ. Leuschner ließ sich eines Tages von seiner neuverheirateten Frau einreden, daß die farbigen Polizeisoldaten eine Meuterei im Entlöse führten. Auf diese halloße Beschuldigung hin beauftragte der Bezirksleiter den Leuschner, die Waffen abzugeben und kommandierte den Weissen — als die Polizeisoldaten verdrückt ärgerten — sofort zu feuern. Mehrere Soldaten und ein zufällig vorbeikommendes Kind fielen tot zu Boden.

Die Untersuchung über diesen Vorfall wurde von dem stellvertretenden Gouverneur Dr. Seiß, der jetzt als Gouverneur die unglückliche Kolonie übernehmen soll, geführt. Seiß wies die Frau Leuschner an, über die Geschichte strenges Stillschweigen zu bewahren. Zwei der schwarzen Polizeisoldaten wurden aber zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt. Die Sache sollte also vertuscht werden, sprach sich aber dennoch bei den Schwarzen herum. Der deutsche Konsul in Liberia, der mit der Anwerbung solcher Polizeitruppen betraut ist, konnte bald seine Soldaten aufreiben. Bei den Eingeborenen des Regierortes Liberia heißt Kamerun überhaupt nur die „twenty-five“, die „Zwanzigstündigen“ Kolonie, weil sie der Meinung sind, daß in ihr kein Schwärzer seinen 25 Hieben entgehe. Durch den Bericht des Konsuls in Liberia kam der Vorfall zur Kenntnis des Kolonialamts, das wieder Herrn Leuschner von Puttkamer zur Verichterstattung aufforderte. Nun soll Leuschner — wie über andere Dinge auch — so auch über diesen Vorfall einen falschen Bericht geliefert haben, worüber man jetzt wieder in Disziplinerverfahren kontra Puttkamer lebte Augen aufreiben soll.

Soweit die Mitteilungen der Berl. Ztg. über den allerneuesten Kolonialskandal. — Die deutsche Kolonialpolitik erstickt im Schmutz und Blut — auch Herr Derburg wird ihr nicht mehr helfen!

### Wer ist der Entdecker Dernburgs als Staatsmann?

Wie die Freis. Ztg. erfährt, nicht Graf Biliow, sondern Herr v. Bodölski. Von diesem ist er für den Posten eines Kolonial-Beimachters in Vorschlag gebracht worden. Bod hat Dernburg bei der Sanierung der Pommerbant als „schwarzen Weisen“ kennen gelernt.

Daß gerade der Uebergrarier Robbielsti Herrn Dernburgs Staatsmännchen Genie entdeckt haben soll, entbehrt nicht des Reizes der Fiktion.

## Von den Himmelserscheinungen im Septbr.

Von Georg Raetner in Bremen.

(Nachdr. verboten.)

Wieder tritt die Erde in ihrem jährlichen Umschwung um die Sonne durch einen Punkt ihrer Bahn, der für die Jahreszeiten auf unserer Erde eine besondere Bedeutung hat. Am 23. September um 12 Uhr Mitternacht tritt die Sonne in das Zeichen der Waage, gelangt wieder zum Aequator und macht zum zweitenmale in diesem Jahre Tag und Nacht gleich; d. h. der Herbst beginnt. Die Abhängigkeit der Jahreszeiten von der Erdbewegung um die Sonne und der schiefen Anstellung der Erde haben wir wiederholt an dieser Stelle erörtert; wir verweisen auf unsere früheren Betrachtungen.

Der Komet Finlay geht für die Breite von Berlin während des ganzen Monats um 11 1/2 Uhr nachts auf, erreicht freilich erst nach Sonnenaufgang seinen höchsten Stand. Immerhin ist er bei uns bald nach Mitternacht bequem zu beobachten und südlich von den Plejaden und Spaden auszufinden. Die von Schulhof neuberechnete Bahn ergibt, daß die Entfernung von der Erde am 6. Aug. am kleinsten war; sie betrug da 37,8 Millionen Kilometer. Für Freunde der Astronomie seien folgende Daten mitgeteilt, die die Auffindung des Kometen erleichtern:

	Rektascension	Declination	Entfernung von der Erde
29. August.	5 h 23,6 m	+ 15° 38'	50 Mill. km
6. Septbr.	6 h 3,8	17 51 68	
14. Septbr.	6 h 38,5	19 12 65	
22. Septbr.	7 h 3,8	19 59 73	
30. Septbr.	7 h 26,7	20 25 80	

Von großem Interesse ist hierbei die von Woche zu Woche so stark wechselnde Entfernung des Kometen von der Erde.

Der erwartete Komet Holmes wurde bisher noch nicht aufgefunden, trotz der ziemlich günstigen Stellung, die er nun schon seit einigen Wochen einnimmt. In nächster Zeit wird seine Sichtbarkeit dadurch erschwert, daß er durch die Milchstraße läuft, wobei er das Sternbild des Perseus kreuzt. Nach einer Zeichnung, die Herr Grover im Journal des englischen „Astronomical Association“ kürzlich veröffentlicht hat, wird der Halleysche Komet im April und Mai 1910 nahe demselben Weg machen, den jetzt, vom Mai bis September der Komet Holmes zurücklegt, durch die Sternbilder Fische, Triangel, Perseus (nicht an dem größten Stern dieses Bildes, Algol, vorbei). Eine Verschiebung der Zeit seiner größten Sonnennähe, die wegen der Unvollständigkeit der Berechnungen der Störungen, die die einzelnen großen Planeten durch ihre Anziehungskraft auf den Kometen ausüben, noch nicht genau sich angeben lassen, könnte die scheinbare Bahnlage noch erheblich ändern. Immerhin ist diese zufällige oder nicht zufällige (?) Ähnlichkeit des Weges zweier so äußerst ungleicher Kometen merkwürdig.

Die großen Planeten sind in diesem Monat für die Beobachtung nicht ungünstig. Merkur, der in der letzten Hälfte des August des Morgens im Nordosten kurz vor Sonnenaufgang sichtbar war, wird gegen Mitte September wieder unsichtbar, am 4. d. M. kam er scheinbar dem Planeten Mars sehr nahe, zwei Tage später nähert er sich Regulus, dem Hauptstern im großen Löwen, bis auf etwa 2 Vollmondsbreiten (1 Grad). Die Venus ist den ganzen Monat hindurch etwa 1/2 Stunde lang des Abends im Südwesten zu sehen. Sie kam am letzten des verfloffenen Monats dem hellen Stern Spica in der Jungfrau bis auf 1 1/2 Vollmondsbreiten nahe, dem Monde nähert sie sich am 21. September. — Mars ist anfangs ein Viertel, am Ende des Monats fünf Viertelstunden lang, des Morgens im

Osten sichtbar. Auch er nähert sich Regulus am 9. September, dem Monde am 17. — Die Sichtbarkeitsdauer Jupiters nimmt weiter zu bis auf sieben Stunden am Ende des Monats. Am 12. September steht er in der Nähe des Mondes. Jeder, der ein Fernrohr zur Verfügung hat, sollte nicht veräumen, das Spiel seiner Monde zu verfolgen, das der Ausgangspunkt so folgenreicher kulturentwicklungsbedingender Ereignisse geworden ist. Für die Anschauung ist es ungemein lehrreich und interessant. Die Jupitermolekel selbst interessiert schon durch ihre starke Abplattung, die jedem Beobachter sofort auffällt. Mit größeren Fernrohren kann man auch die eigenartigen Streifenbildungen auf dem Planeten erkennen.

Saturn steht jetzt am günstigsten für die diesjährige Beobachtung. Die Zeit seiner Sichtbarkeit beträgt Mitte dieses Monats etwa 9 Stunden, nimmt aber von da an wieder ab, weil der Planet nun bereits vor der Morgendämmerung untergeht. Das Saturnsystem zeigt die Wertvolligkeit, daß außer 9 Monden noch ein flacher Ring oder vielmehr ein System von allerdings schwer von einander unterscheidbaren Ringen, die wahrscheinlich von einer zahlreichen Schar kleiner Körperchen gebildet werden, den Hauptkörper umschwebt. Dieses Ringssystem kehrt, je nach der Stellung des Planeten zur Erde, dem Beobachter auf der letzteren die Kante oder eine mehr oder weniger große Öffnung zu. In diesem Jahre erscheint sie im Oktober am breitesten; dennoch erblicken wir im Fernrohr jetzt keine Öffnung, wir sehen fast auf die Kante, sodas der Hauptkörper und das Ringssystem das Aussehen eines durchstrichenen Rotenkopfes hat, so — Der Saturn war von dem im Altertum bekannten Planeten der am weitesten von der Sonne entfernte; er erscheint in ruhigem rötlichem Licht als Stern zweiter Größe.

Der Fixsternhimmel erhält gegen Ende des Sep-

tember schon ein sehr herrliches Gepräge. Von Nordosten nach Südwesten zieht quer über das Himmelsgewölbe das breite schimmernde Band der Milchstraße. In der Stelle, wo sich dieselbe in zwei Kette gabelt, steht der Hauptstern Deneb einer Sterngruppe, welche die Form eines Kreuzes hat; es ist der Schwan. Westlich davon erblickt man die Wega in der Leier, einer gedrängten aus sechs Sternen bestehenden Konstellation. Südlich von diesen beiden Sternbildern im östlichen Aste der Milchstraße steht der Adler mit einem Hauptstern erster Größe Altair. Letzterer bildet die Spitze eines gleichschenkeligen Dreiecks, dessen Grundlinien die Sterne Deneb und Wega bilden. Im Westen von diesen Bildern finden wir das ausgedehnte Sternbild des Herkules und noch weiter westlich die nördliche Krone, einen fast vollen Kreis von Sternen zweiter bis vierter Größe bildend, mit ihrem Hauptstern Genma. Tief am westlichen Horizont sind die Bilder der Schlange, des Ophiuchus und des Bootes im Untergange begriffen. Darunter tauchen am Osthorizonte die winterlichen Sterngruppen wie der Fuhrmann mit der Capella, der Perseus und nach Mitternacht auch der Stier mit dem Sterne erster Größe Aldebaran auf. Das allbekannteste Sternbild des großen Wärens oder des Himmelswagens befindet sich in großer Ausdehnung tief am nördlichen Horizonte. Die Verlängerung seiner beiden hinteren Sterne nach der offenen Seite des Trapezes zu weist auf den Polstern, der wir an jedem Tage im Jahre an fast genau derselben Stelle des Himmels erblicken. Um ihn scheint das ganze Himmelsgewölbe zu drehen. Dieser Stern ist der größte einer dem großen Wären ähnlichen lebenden Gruppe namens kleiner Wären. Fall im Scheitelpunkte befindet sich in diesem Monat das Bild des Cepheus, unter dem in der Milchstraße die Cassiopeja steht, jenes bekannte Sternbild, das die Form eines großen W besitzt. Wieder



